

Verständigung der betroffenen Personen – zusammenarbeitenden Personen

über Informationen, die bei der Erhebung personenbezogener Daten bei betroffenen Personen bereitzustellen sind, einschließlich der Informationen, die zur Sicherstellung der gerechten und transparenten Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich sind (nachstehend „Verständigung“ genannt),

gemäß Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (nachstehend „Verordnung“ genannt)

und gemäß Gesetz Nr. 18/2018 der Gesetzsammlung zum Schutz personenbezogener Daten in gültiger Fassung (nachstehend „Gesetz“ genannt)

Die Gesellschaft Folk Publishing s.r.o. mit Sitz in Klemensova 4, 811 09 Bratislava, Id.-Nr.: 36 768 138, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bratislava I, Abteil: Sro, Einlage-Nr.: 45599/B, Tel.: +421 948 447 427, E-Mail: info@folk.ad (nachstehend „Verantwortlicher“ genannt), als Betreiber von Informationssystemen, in denen personenbezogene Daten verarbeitet werden,

teilt hiermit den betroffenen Personen mit, dass die folgenden personenbezogenen Daten, die ihm bereitgestellt wurden, von ihm verarbeitet werden:

- a. Vorname, Name und Titel
 - b. Geburtsdatum
 - c. Wohnort
 - d. Zustellungsadresse
 - e. eigenhändige Unterschrift
 - f. Bankverbindung/IBAN
 - g. vertragliche Dokumente (Inhalt)
 - h. E-Mail-Adresse und Telefonnummer
- (nachstehend „pbD“ genannt)

Die pbD werden vom Verantwortlichen in Informationssystemen (nachstehend „IS“ genannt) unter folgenden Bedingungen verarbeitet:

1. Zusammenarbeitende Personen

1. Verarbeitungszweck von pbD: Erfüllung des Vertragsgegenstandes und dazugehörige Kommunikation und Agenden, einschließlich der Verarbeitung von Rechnungsbelegen;
2. Liste personenbezogener Daten, die verarbeitet werden: pbD im Umfang von Buchst. a. bis h. dieser Verständigung;
3. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung:
 - a. Erfüllung des Vertragsgegenstandes, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist,
 - b. Erfüllung der sich aus den allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften ergebenden gesetzlichen Pflichten (z. B. Gesetz Nr. 40/1964 der Sammlung Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung späterer Vorschriften, Gesetz Nr.

513/1991 der Sammlung Handelsgesetzbuch in der Fassung späterer Vorschriften, Einkommensteuergesetz Nr. 595/2003 der Gesetzsammlung in der Fassung späterer Vorschriften, Umsatzsteuergesetz Nr. 222/2004 der Gesetzsammlung in der Fassung späterer Vorschriften, Rechnungslegungsgesetz Nr. 431/2002 der Gesetzsammlung in der Fassung späterer Vorschriften, ...);

4. Empfänger von pbD:
 - a. Dritte, von denen pbD im Auftrag des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters verarbeitet werden (z. B. Personen, von denen für die Rechnungslegung die Erfüllung von Steuerpflichten gesorgt wird, Erbringer von Software- und IT-Diensten, Erbringer von Webhosting, Rechtsberater, Wirtschaftsprüfer u. ä.),
 - b. Finanzämter, Krankenkassen, Sozialversicherungsanstalten, Justiz- oder Verwaltungsbehörden und Bankinstitute, gegenüber denen der Verantwortliche seinen Pflichten nach allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften nachkommt;
5. Eine Übermittlung von pbD an Drittländer erfolgt, sofern von der Europäischen Kommission entschieden wurde, dass das betreffende Drittland bzw. ein oder mehrere Sektoren in diesem Drittland das angemessene Niveau für den Schutz personenbezogener Daten gewährleistet bzw. gewährleisten.

2. IS „Werbung und Marketing“

1. Verarbeitungszweck von pbD: Werbe- und Marketingzwecke – Verständigung betroffener Personen über aktuelle Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen des Verantwortlichen, deren Vorstellung und Bewerbung, Durchführung von Marktforschungen, Befragungen zur öffentlichen Meinung und Zufriedenheit betroffener Personen und deren analytische Auswertung, einschließlich der Übersendung von Berichten/Präsentationen zu angebotenen Projekten, Aktivitäten und Veranstaltungen des Verantwortlichen;
2. Liste personenbezogener Daten, die verarbeitet werden: pbD gemäß Buchst. a., c., d. und h. dieser Verständigung in einem Umfang, in dem diese von der betroffenen Person tatsächlich bereitgestellt wurden;
3. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: Einwilligung der betroffenen Person;
4. Empfänger von pbD:
 - a. Dritte, von denen pbD im Auftrag des Verantwortlichen oder der Auftragsverarbeiter verarbeitet werden (z. B. Erbringer von Software- und IT-Diensten, Erbringer von Webhosting, Personen, die für Übersendung von Informationsoutputs sorgen, Rechtsberater u. ä.),
 - b. Justiz- und Verwaltungsbehörden, gegenüber denen die Verantwortlichen ihren Pflichten nach allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften nachkommen;
5. Eine Übermittlung von pbD an Drittländer erfolgt, sofern von der Europäischen Kommission entschieden wurde, dass das betreffende Drittland bzw. ein oder mehrere Bereiche in diesem Drittland das angemessene Niveau für den Schutz personenbezogener Daten gewährleistet bzw. gewährleisten.

Die pbD werden vom Verantwortlichen wie folgt aufbewahrt:

- a. im IS „Zusammenarbeitende Personen“
 - sowohl während des Vertragsverhältnisses zwischen der entsprechenden betroffenen Person und dem Verantwortlichen als auch während eines Zeitraums, in dem der Verantwortliche verpflichtet ist, pbD zu erheben, und/oder während eines Zeitraums,

in dem es nach dessen Beendigung zur Ausübung von Rechten oder Pflichten des Verantwortlichen oder zum Schutz seiner Rechte und berechtigter Interessen notwendig ist, höchstens jedoch zehn (10) Jahre nach dessen Beendigung;

- b. im IS „Werbung und Marketing“,
 - und zwar während der Zusammenarbeit zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen, höchstens jedoch fünf (5) Jahre nach Beendigung dieser Zusammenarbeit.

Betroffene Personen haben im Zusammenhang mit der Verarbeitung ihrer pbD durch den Verantwortlichen folgende Rechte:

1. das Recht, den Zugang zu ihren pbD vom Verantwortlichen zu fordern:

- a. das Recht, vom Verantwortlichen eine Bestätigung darüber einzufordern, ob die sie betreffenden pbD verarbeitet werden;
- b. Werden vom Verantwortlichen derartige pbD verarbeitet, hat die betroffene Person das Recht auf Zugang zu diesen pbD und muss in Kenntnis gesetzt werden über
 - i. die Verarbeitungszwecke der pbD,
 - ii. die Kategorie der zu verarbeitenden pbD,
 - iii. die Empfänger oder deren Kategorien,
 - iv. die Aufbewahrungszeit bzw. über Kriterien für deren Festlegung,
 - v. bestehendes Recht, die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung von pbD vom Verantwortlichen zu fordern, bzw. bestehendes Recht, Widerspruch gegen eine derartige Verarbeitung einzulegen,
 - vi. das Recht, Beschwerde einzulegen/einen Antrag auf Einleitung des Verfahrens bei der Aufsichtsbehörde – das Amt für den Schutz personenbezogener Daten der Slowakischen Republik – zu stellen,
 - vii. alle verfügbaren Informationen hinsichtlich der Quelle, wenn die pbD nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden,
 - viii. das Bestehen der automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz.

2. das Recht auf Berichtigung von pbD, wobei die betroffene Person das Recht hat,

- a. die unverzügliche Berichtigung unrichtiger pbD bezüglich der betroffenen Person vom Verantwortlichen zu fordern und
- b. eine Ergänzung unvollständiger pbD vom Verantwortlichen zu fordern.

3. das Recht auf Löschung, wobei die betroffene Person folgende Rechte hat:

- a. unverzügliche Löschung ihrer pbD; der Verantwortliche ist jedoch nur dann verpflichtet, pbD unverzüglich zu löschen, wenn einer der folgenden Gründe besteht:
 - i. pbD sind nicht mehr notwendig für Zwecke, für die sie erhoben oder anders verarbeitet wurden,
 - ii. die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, aufgrund derer die Verarbeitung erfolgte, sofern keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht,
 - iii. die betroffene Person legt Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz ein, wobei keine berechtigten Gründe für die Verarbeitung überwiegen, bzw. die betroffene Person legt Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz ein,
 - iv. die pbD wurden gesetzwidrig verarbeitet,

- v. um der gesetzlichen Pflicht gemäß Unionsrecht, gültigen Rechtsvorschriften mit Gültigkeit auf dem Gebiet der Slowakischen Republik bzw. gemäß einem internationalen Vertrag, an den die Slowakische Republik gebunden ist, nachzukommen,
- vi. wenn die pbD im Zusammenhang mit dem Angebot von Diensten der Informationsgesellschaft gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz erhoben werden.

Das Recht auf Löschung kann nicht geltend gemacht werden, wenn die Verarbeitung von pbD zu folgenden Zwecken erforderlich ist: i) zur Ausübung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und auf Informationen; ii) zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht, welche die Verarbeitung gemäß Unionsrecht, Rechtsvorschriften mit Gültigkeit auf dem Gebiet der Slowakischen Republik oder gemäß einem internationalen Vertrag, an den die Slowakische Republik gebunden ist, notwendig macht, bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde; iii) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz; iv) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken der Verordnung und/oder des Gesetzes, sofern es wahrscheinlich ist, dass das Recht auf Löschung der pbD das Erreichen von Zielen derartiger Verarbeitung unmöglich macht oder wesentlich erschwert, oder v) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

4. das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung von pbD, wobei die betroffene Person folgende Rechte hat:

- a. das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung von pbD seitens des Verantwortlichen in einem der folgenden Fälle:
 - i. Von der betroffenen Person wird die Richtigkeit der pbD angefochten/Widerspruch eingelegt, und zwar während eines Zeitraums, der die Überprüfung von deren Richtigkeit seitens des Verantwortlichen ermöglicht,
 - ii. Die Verarbeitung ist gesetzwidrig und von der betroffenen Person wird Widerspruch die Löschung der pbD eingelegt und stattdessen die Einschränkung von deren Nutzung gefordert.
 - iii. Der Verantwortliche benötigt die pbD nicht mehr für Verarbeitungszwecke, sie werden jedoch von der betroffenen Person benötigt, um Rechtsansprüche nachzuweisen, geltend zu machen oder wahrzunehmen.
 - iv. Von der betroffenen Person wurde Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz eingelegt, und zwar bis zur Überprüfung, ob berechtigte Gründe seitens des Verantwortlichen die der betroffenen Person überwiegen.

5. das Recht auf Übertragbarkeit von pbD, wobei die betroffene Person folgende Rechte hat:

- a. das Recht, die sie betreffenden pbD, die sie dem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und
- b. diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern
 - i. die Verarbeitung auf der Einwilligung der betroffenen Person gemäß Verordnung und/oder gemäß Gesetz beruht oder zur Erfüllung eines Vertrags notwendig ist, in dem die betroffene Person als Vertragspartei auftritt, bzw., um Maßnahmen vor

- Vertragsabschluss aufgrund des Ersuchens seitens der betroffenen Person zu treffen, und
- ii. wenn die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die pbD direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Die Ausübung des Rechtes auf Genauigkeit der Daten seitens der betroffenen Person darf keine negativen Auswirkungen auf Rechte und Freiheiten anderer Personen haben.

6. das Recht auf Einwendung der Verarbeitung von pbD und der automatisierten individuellen Entscheidungsfindung, wobei die betroffene Person folgende Rechte hat:

- a. das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten einzuschreiten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, erforderlich ist, oder die zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist, einschließlich des auf diese Rechtsgrundlagen gestützten Profilings,
- b. das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender pbD einzulegen, um Direktwerbung zu betreiben, einschließlich Profiling in einem Umfang, der mit derartiger Direktwerbung zusammenhängt;

Die betroffene Person kann ihr Recht auf Einlegung des Widerspruchs mittels automatisierter Verfahren unter Anwendung technischer Spezifikationen ausüben.

- c. dass eine Entscheidung, die ausschließlich auf der automatisierten Verarbeitung beruht, sich nicht auf sie bezieht, einschließlich Profiling, und diese Entscheidung Rechtswirkungen hat, die sie betreffen oder sie ebenfalls wesentlich beeinflussen;
Dieses Recht wird nicht ausgeübt, wenn die Entscheidung: i) notwendig ist, um einen Vertrag zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen abzuschließen oder zu erfüllen; ii) aufgrund des Unionsrechtes, der Rechtsvorschriften mit Gültigkeit auf dem Gebiet der Slowakischen Republik oder aufgrund eines internationalen Vertrags, an den die Slowakische Republik gebunden ist, zulässig ist, wobei dadurch gleichzeitig geeignete Maßnahmen festgelegt werden, die sowohl den Schutz von Rechten und Freiheiten als auch berechtigter Interesse der betroffenen Person gewährleisten; oder iii) auf der ausdrücklichen Einwilligung der betroffenen Personen beruhen.

Personenbezogene Daten werden dem Verantwortlichen folgendermaßen zur Verarbeitung bereitgestellt:

- a. im IS „Zusammenarbeitende Personen“:
 - ist es eine gesetzliche Forderung und die betroffene Person ist nicht verpflichtet, diese dem Verantwortlichen bereitzustellen, und
 - ihre Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass kein Vertrag zwischen dem Verantwortlichen und der betroffenen Person abgeschlossen und erfüllt werden kann, bzw. keinen damit zusammenhängenden gesetzlichen Pflichten des Verantwortlichen nachgekommen werden kann;
- b. im IS „Werbung und Marketing“:
 - ist es eine vertragliche Forderung und die betroffene Person ist nicht verpflichtet, diese dem Verantwortlichen bereitzustellen, und

- ihre Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass die betroffene Person nicht mit aktuellen Aktivitäten, Projekten und Veranstaltungen des Verantwortlichen vertraut gemacht werden kann.

Diese Vertrautmachung betroffener Personen ist sowohl in der Betriebsstätte des Verantwortlichen in der Michalská 12 in Bratislava als auch auf der Website des Verantwortlichen (www.folk.ad) veröffentlicht und zur Einsichtnahme verfügbar.